Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

13.11.1886 (No. 268)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. November.

№ 268. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. November.

Die **bulgarische** Nationalversammlung hat gestern, nachdem den Deputirten die Antwort des Prinzen Waldemar von Dänemark auf seine Erwählung zum Fürsten von Bulgarien mitgetheilt worden war, eine Vertagung der weiteren Verhandlungen bis zum Samstag beschlossen. Man erwartet, daß bis morgen Prinz Waldemar seiner ersten Antwort, die bekanntlich einen zuverlässigen Schluß auf seine Entscheidung nicht zuläßt, eine definitive Willenserklärung werde folgen lassen. Da der Prinz in seiner Erwiderung bemerkt hat, er habe die Mittheilung des bulgarischen Regentschaftsraths seinem Vater, dem Könige von Dänemark, übersandt, der allein im Stande sei, eine offizielle Antwort zu ertheilen, so richtete, wie heute aus Tirnowa berichtet wird, die Regentschaft an den König von Dänemark telegraphisch das Ersuchen, den Prinzen Waldemar zur Annahme der Krone zu bewegen. Der Erfolg dieser Bemühungen ist abzuwarten. Einstweilen wird in der Presse die Annahme der Fürstenwürde durch den Prinzen Waldemar für wenig wahrscheinlich gehalten. Für den Fall, daß der Prinz ablehnt, hat aber bekanntlich der bulgarische Regentschaftsrath seine Demission in Aussicht gestellt. Die von der Nationalversammlung in Tirnowa vorgenommene Fürstenwahl könnte also auch, wenn sie zunächst erfolglos bleibt, eine Einwirkung auf die weitere Entwicklung der Situation gewinnen, indem an die Stelle der jetzigen bulgarischen Regierung eine andere tritt, die vielleicht bessere Aussichten auf eine Verständigung mit Rußland bietet.

Berliner Blättern zufolge verlautet, daß **Brasilien** sämmtlichen europäischen Staaten die mit 1887 ablaufenden Handels- und Konsularverträge gekündigt hat. Mit Belgien laufen die betreffenden Verträge noch bis 1888, in Folge dessen hat eine Kündigung seitens Brasiliens bis jetzt noch nicht stattgefunden, wird aber für später bestimmt erwartet.

Deutschland.

* **Berlin**, 11. Nov. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Vormittags um 10½ Uhr den Besuch des Prinzen Ludwig von Bayern, nahm später Vorträge des Kriegsministers, des Generals v. Albedyll und des Ministers v. Puttkamer entgegen, stattete Nachmittags dem Prinzen Ludwig einen Besuch ab und konferirte Nachmittags 3½ Uhr mit dem Reichskanzler. Um 4½ Uhr dinirte der Kaiser mit dem Prinzen Ludwig, dem Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm. Die Abreise Seiner Majestät des Kaisers nach Letzlingen zur Jagd soll morgen Nachmittag erfolgen.

— Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz, ferner Prinz Wilhelm und Prinz Ludwig von Bayern sind heute Abend 6 Uhr zur Jagd nach Letzlingen gereist.

— Die heutige Bundesrathssitzung hatte über eine Reihe von Etatsvorlagen sich schlüssig zu machen. Von neuen Vorlagen wurden, wie erwähnt, nach den Bundesrathsmitgliedern unterbreitet: die Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen des Reiches im Jahre 1885—86; ein Antrag Preußens, betreffend die Vorschriften über die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfschiffen; ein Antrag des Ausschusses für Handel und Verkehr, betreffend Eingaben über die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften über Einrichtung der Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern; mündliche Ausschußberichte über Wiedervorlegung des Entwurfes über den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte — welche Vorlagen in der üblichen Weise erledigt wurden.

— Der Antrag Preußens beim Bundesrath betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Prüfung der Maschinisten auf Seedampfern geht dem Vernehmen nach dahin, daß der Bundesrath die Vorschriften über den Nachweis der Befähigung und das Verfahren bei den Prüfungen der Maschinisten auf deutschen See-Dampfschiffen dahin abändern wolle, daß statt „50 Seemeilen von der Küste" gesetzt werde „50 Seemeilen von der deutschen, niederländischen oder belgischen Küste". Die Absicht ist, wie wir der „Köln. Ztg." entnehmen, daß die der deutschen Küsten-Dampfschifffahrt gegenüber der weitern europäischen Fahrt gewährte Erleichterung auch der neuerdings vom Rhein, insbesondere von Köln aus ins Leben getretenen See-Dampfschifffahrt zugute komme. In den bisherigen Bestimmungen erblicken die Betheiligten eine Benachtheiligung besonders gegenüber den fremden, mit der Schifffahrt auf dem Rhein und dessen Mündungsgewässern wettbewerbenden Dampfern, welche ähnlichen Vorschriften nicht unterliegen; technische Bedenken sind ausgeschlossen. Die Erweiterung wird für Rhein-Seeschiffe ausreichen, weil solche dann nicht nur vom Rhein direkt nach deutschen Seeplätzen und umgekehrt fahren, sondern auch noch in die Themsemündung gelangen können, ohne mehr als einen Maschinisten dritter Klasse an Bord haben zu müssen.

— Der beim Bundesrath eingegangene Militäretat Preußens und der auf die preußische Verwaltung übernommenen Kontingente der Bundesstaaten veranschlagt die fortdauernden Ausgaben auf 267,577,000 M. (4,226,000 Mark mehr als im Vorjahre), die einmaligen auf 27,811,000 Mark (12,476,000 M. mehr). Der außerordentliche Etat wird veranschlagt auf 25,323,000 Mark, also mehr 2,555,000 M., hierunter befindet sich abermals die „Position „Unteroffizierschule in Neu-Breisach". Die „Berl. Pol. Nachr." schließen an den Militäretat folgende Betrachtung:

„In dem Kapitel derjenigen Mythenbildungen, welche sich auf die Vorlagen für die nächste Reichstagssession beziehen, nehmen die Legenden über den Militäretat eine hervorragende Rolle ein. Mag der Grund in dem Stande der öffentlichen Meinung, welche nach Lage der europäischen Verhältnisse die sorgsamste Pflege der heimischen Wehrkraft fordert, mag der Grund in dem Bestreben liegen, durch Sensationsnachrichten eine Reaktion gegen die Richtung der öffentlichen Meinung hervorzurufen: jedenfalls sind dem Militäretat zahlreiche Dinge angedichtet worden, von denen der Entwurf für 1887/88 nichts wissen dürfte. Keinerlei Ueberraschungen dürften in demselben enthalten sein, nicht einmal das Kapitel der Bewaffnung des Heeres zeigt eine außergewöhnlich hohe Dotation. Wenn einzelne Forderungen wiederkehren, welche im Reichstage bei dem ersten Versuche nicht durchdrangen, so geschieht dies in der Erwartung, daß der nunmehr besser unterrichtete Reichstag zustimmen wird, wo er früher ablehnen zu müssen glaubte. Im Uebrigen aber beziehen sich die Mehrforderungen in der Hauptsache auf solche Positionen, bezüglich deren zwischen den Faktoren des Reichs bereits eine grundsätzliche Verständigung besteht. Neue Fragen dürften in dem Militäretat kaum aufgeworfen sein, was er enthält, bezweckt lediglich die Erhaltung und sachgemäße Fortentwicklung der militärischen Einrichtungen, nicht entfernt aber die Durchführung prinzipieller neuer Organisationen oder sonstiger militärischer Zwecke. Wer in dieser Hinsicht sich Illusionen hingegeben hat, wird ohne Frage durch den Inhalt des Militäretats enttäuscht sein. Indessen erfolgt die Etatsaufstellung ja auch nicht nach dem Sensations- oder Parteibedürfniß, sondern auf den gesetzlichen Grundlagen, nach dem wahren Interesse der Nation."

— Die „Norddeutsche Allg. Ztg." sagt gegenüber den Bemerkungen einiger Blätter, daß die königliche Bestätigung des Dr. Redner zum Bischof von Culm noch auf sich warten lasse, die landesherrliche Anerkennung von Dr. Redner sei bis jetzt überhaupt noch nicht nachgesucht, dieselbe konnte daher auch noch nicht ertheilt werden.

— Bei der heutigen Ersatzwahl zum Landtag im ersten Berliner Wahlkreise wurde Dr. Hermes (deutschfr.) mit 545 von 826 Stimmen gewählt. v. Levetzow erhielt 222, Kyllmann 56, Kammergerichtsrath Schröder 3 Stimmen. Die Landtagsersatzwahl fand nur mit verhältnißmäßig geringer Betheiligung der Wahlmänner statt.

— Das Landesökonomiekollegium diskutirte heute die Geld- und Kredit-Wucherfrage. Zur Annahme gelangten die Anträge des Professor v. Miaskowski und von Korn, wonach dem Minister für die bisherigen Erhebungen Dank bekundet und der Minister ersucht wird, die Ermittelungen weiter ergänzen zu lassen, ferner den sämmtlichen landwirthschaftlichen Vereinen das Studium der geeigneten Maßregeln anzuempfehlen, auch Aeußerungen von Staatsanwälten, Rechtsanwälten und von anderen Sachverständigen über die Wirksamkeit der bisherigen Wuchergesetze zu veranlassen und das gesammte Material sodann dem deutschen Landwirthschaftsrathe zuzuweisen, welcher eine weitere Behandlung der Wucherfrage mit Berücksichtigung der süd- und mitteldeutschen Gesetzgebung, sowie der gewerbsmäßigen Güterzerstückelung in der nächsten Sitzungsperiode veranlassen werde.

Stuttgart, 11. Nov. Der „Staatsanzeiger" meldet, daß während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs von den Staatsgeschäften Gegenstände größerer Wichtigkeit dem König zur Erledigung nachgesandt werden; die übrigen Angelegenheiten erledigt Se. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm nach Vortrag der Minister im Namen des Königs.

München, 11. Nov. Die Kreisregierung von Oberbayern verfügte in zweiter Instanz die Ausweisung des preußischen Regierungsbaumeisters a. D. Keßler (Sozialdemokrat) aus dem Gebiete des Königreichs Bayern.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Nov. Das „Fremdenblatt" schreibt, die Rede Lord Salisbury's könne nicht einen Konnex zwischen den österreichisen und englischen Interessen haben herstellen wollen; dieselbe könne nur die Solidarität der Friedensbestrebungen zwischen Oesterreich-Ungarn und England, sowie den Glauben an ein gemeinsames Einstehen aller Mächte für die Verträge bestärken. Die „Presse" erhält von den jüngsten Kundgebungen den Eindruck, daß die bisherigen Agitationen in Bulgarien noch nicht den Anlaß zu einem Hervortreten der Mächte bildeten, welche

---

Nachdruck untersagt.

Die 300jährige Jubelfeier des Gymnasiums in Karlsruhe.

4)

(Schluß.)

Unter Karl Friedrichs Regierung war es der Anstalt vergönnt, ihr 200jähriges Bestehen zu feiern. Der Tag vor dem Geburtsfeste des Markgrafen, der 21. November, wurde dazu ausersehen. „Lehrer und Zöglinge, begleitet von den Geistlichen und dem Gemeinderathe der Stadt, zogen Morgens 9 Uhr aus dem Gymnasium unter dem Geläute aller Glocken in die Hofkirche, wo Karl Friedrich mit der ganzen Fürstlichen Familie der Festfeier von Anfang bis zu Ende beiwohnte." Die Zahl der Lehrer betrug damals 12, die der Schüler 200, 1686 beim Jubiläum waren es in Durlach etwa 250 Schüler. Heute, 1886, sind ständige Lehrer am Gymnasium 28, die Schülerzahl betrug am Ende des Schuljahres 1885/86 612. Unter den Abhandlungen und Reden vom Jahre 1786 finden sich zwei besonders bemerkenswerthe Arbeiten, die von Böckmann, einem namhaften Physiker, „welche Fortschritte machten Mathematik und Naturlehre in den badischen Ländern?" und die von Ernst Ludwig Posselt „über deutsche Historiographie". Böckmann rühmt, wie vom Staate die schätzbarsten Veranstaltungen getroffen wurden, um eine gründliche Anleitung in Mathematik und Physik zu geben. Der Lehrvortrag ward erweitert und vervollkommnet, neue Lehrstühle wurden errichtet, neue Institute angeordnet, Hilfsmittel aller Art angeschafft. Voller Begeisterung ruft er aus: was wird dereinst nach neuen 100 Jahren der Repräsentant dieser Wissenschaft zu sagen haben, „wenn unsre Museen mit ihrer so vergrößerten Existenz auch eben so viel an innerer Vollkommenheit werden gewonnen haben". Die hundert Jahre sind jetzt vergangen. Was würde er sagen, wenn jetzt Böckmann's Geist herniederstiege und die Fortschritte sähe, die auf diesem Gebiete seitdem gemacht wurden, die Umwälzung sähe, welche durch Benützung der Dampfkraft und der Elektrizität in so vielen Gebieten des Lebens herbeigeführt wurde. Auch der Schulunterricht ist in diesen Zweigen des Wissens ein anderer geworden.

Der zweite aber der obengenannten Autoren, Posselt, würde ebenfalls heute eine andere Empfindung über deutsche Geschichtschreibung äußern können. Er dachte vor 100 Jahren gar gering über die deutschen Leistungen im Gebiete der Geschichtswissenschaft. Künftige Geschlechter werden vielleicht zweifeln, ob sie dem 19. Jahrhundert vorzugsweise den Namen des naturwissenschaftlichen oder geschichtlichen geben sollen. So groß und herrlich sind die Fortschritte, die in diesem Jahrhundert in der Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung gemacht worden. Ohne Ueberhebung dürfen wir die Werke, mit welchen Leopold v. Ranke, um nur von vielen diesen einen zu nennen, die deutsche Nation, ja die gebildete Welt beschenkt hat, zu den besten und gelungensten zählen, die je ein Volk hervorgebracht hat.

Die letzten Jahrzehnte der Regierung Karl Friedrichs konnten naturgemäß bei dem fast dauernden Kriegszustande seit 1792 nicht mehr so erfolgreich für den Unterricht wirken, als die frühere Epoche. Ein wesentlicher Wechsel in der inneren oder äußeren Geschichte der Anstalt ist auch unter den folgenden Regierungen der Großherzoge Karl und Ludwig nicht eingetreten. Nur sei auch hier erwähnt, daß Johann Peter Hebel, welcher schon seit 1792 in Karlsruhe wirkte, zu Anfang 1808 Direktor der Anstalt wurde und, als er 1814 die Leitung abgab, doch noch bis 1824 in der obersten Klasse unterrichtete.

Mit dem Regierungsantritt des Großherzogs Leopold beginnt wieder eine lebhaftere Fürsorge für die Anstalt. Der neue Lehrplan von 1837 organisirte den Unterricht der Mittelschulen im badischen Lande einheitlich. Der Name der Anstalt wurde jetzt Lyceum, die Bezeichnung der Klassen die der früheren und der heutigen entgegengesetzt, der Schüler trat in die Prima mit dem 9. Jahre ein und verließ die Anstalt in der Obersexta. Es ist die im Volksmunde noch heute vielfach gebräuchliche Bezeichnung, die amtlich bis 1872 in Geltung war. Fassen wir die wesentlichen Aenderungen im Lehrplan selbst in's Auge, so ergibt sich, daß der mathematische und der deutsche Unterricht erweitert wurde in den obern Kursen wurde das Griechische und das Lateinische vermindert. Während die damals für das Lateinische festgesetzte Stundenzahl von sieben in der Woche auch jetzt noch in den beiden obersten Jahreskursen in Kraft ist, ist der Unterricht des Griechischen längst wieder statt mit vier mit sechs Stunden in der Woche bedacht, eine Einrichtung, welche nicht etwa bloß der Gleichförmigkeit mit den norddeutschen Anstalten wegen beliebt wurde, sondern die nöthig ist, wenn die Gelehrtenschule überhaupt ihre alte Grundlage beibehalten will. Diese zweckwidrige Beschränkung des griechischen Unterrichts entsprach den in den dreißiger und vierziger Jahren unseres Jahrhunderts vielfach in Baden herrschenden Ansichten. Diese kamen auch in der Zweiten Kammer zum Ausdruck. Die Sachkenntniß und Unbefangenheit der Wortführer erhellt am besten aus der Antwort, welche dem damaligen Präsidenten v. Rüdt von einem Abgeordneten zu Theil wurde. Als der Präsident des Ministeriums 1844 erklärte, eine noch größere Verkürzung des Griechischen sei nach Befragen der sachkundigsten Männer unthunlich, so hörte er die Antwort: „man frage auch die Branntweintrinker nicht, ob der Schnapsgenuß schädlich sei." So blieb durch die bessere Einsicht der Großherzoglichen Regierung der Unterricht vor größerer Schädigung gewahrt. Selbst innerhalb des eingeengten Planes wurde es durch die unermüdliche Fürsorge der Lehrer und speziell des um die Anstalt verdienten Kärcher möglich, den Schülern eine genauere Kenntniß der griechischen Literatur zu übermitteln. Durch Kärcher zuerst wurde die Lektion des Sophokles auf der Schule in Karlsruhe betrieben.

Der Unterricht im Französischen wurde 1837 auf vier Wochenstunden in den unteren Klassen vermehrt, jetzt ist dies nur noch in Quarta der Fall. In der Naturgeschichte wurde nach dem Lehrplan von 1837 in den beiden untersten Kursen gar nicht unterrichtet, während heute durch alle Klassen je zwei Stunden für Naturgeschichte oder Physik festgesetzt sind.

An Hebels Stelle als Leiter der Anstalt war 1814 Dr. Zandt

diese Vorgänge mit entschiedenem Mißfallen beobachteten, daß aber ein nächster Schritt die gänzliche Veränderung der Lage und Gruppirung herbeiführen dürfte.

Pest, 11. Nov. Der Ausschuß der ungarischen Delegation für das Auswärtige nahm nach unwesentlicher Debatte das Budget des Aeußern an und beschloß in der Sitzung am Samstag vom Grafen Kalnoky ein zusammenhängendes Bild der politischen Situation zu verlangen. Graf Kalnoky ist auch bereit, am Samstag in der Delegation Erklärungen über die auswärtige Politik abzugeben.

Belgien.

Brüssel, 11. Nov. Die Repräsentantenkammer wählte zum Präsidenten de Lantsheere, zum ersten Vizepräsidenten Tack. Oultremont brachte einen Antrag ein, wonach unter gewissen Bedingungen die persönlich zu leistende Militärdienstpflicht eingeführt werden soll.

— In Belgien beabsichtigt die Regierung bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen, jedoch bereiten die finanziellen Erfordernisse ziemlich bedeutende Schwierigkeiten. Die Zahl der Militärpflichtigen beträgt nämlich nach Abzug der 10,000 vorweg von der Dienstpflicht Befreiten 40,000 Mann, eine Zahl, welche, wenn man alle brauchbaren Leute unter diesen 40,000 drei Jahre unter der Fahne behalten wollte, den Staat nöthigen würde, eine ständige Armee von 90- bis 100,000 Mann zu unterhalten, während der Militäretat die Präsenzziffer auf 47,000 Mann festsetzt. Man beabsichtigt daher ein gemischtes System einzuführen, das unter Beseitigung der Stellvertretung die persönliche Dienstpflicht für die jährlich erforderlichen 13,300 Mann sichert, und unter vorzeitiger Entlassung derjenigen Mannschaften, die sich die militärischen Kenntnisse gut angeeignet haben, immer weitere Dienstpflichtige zur militärischen Ausbildung heranzieht. Das will das oben erwähnte Gesetz des Deputirten Graf Oultremont, das eine größere Anzahl der durch das Loos Freigekommenen für die militärische Vertheidigung des Landes heranzieht, eine Reserve und eine Landwehr dem Lande sichert. Ueber die Annahme dieses Gesetzes in der Kammer hegt man aber noch starke Zweifel; selbst auf der Rechten sollen sich nur zwölf Mitglieder für die Einführung der persönlichen Dienstpflicht aussprechen wollen.

Frankreich.

Paris, 11. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer hat die Regierung zwei traurige Verpflichtungen zu erfüllen gehabt. Zunächst sah sie sich in der Nothwendigkeit, einen Kredit von einer halben Million für die im südlichen Frankreich durch die großen Ueberschwemmungen Geschädigten zu verlangen; sodann mußte sie den in Tonkin erfolgten Tod Paul Bert's anzeigen. Die Ueberschwemmungen in Südfrankreich werden in detaillirten Berichten als grauenvoll geschildert; es steht leider außer Zweifel, daß sie den Wohlstand ausgedehnter Landstriche auf Jahre hinaus zerstört haben. Die Deputirtenkammer beschloß für die vom Minister des Innern eingebrachte Kreditvorlage die Dringlichkeit. Den Tod Paul Bert's zeigte der Ministerpräsident mit den Worten an, daß Bert „auf dem Felde der Ehre" gestorben sei. Er fügte hinzu: „Frankreich verliert in ihm einen seiner ergebensten Söhne, die Regierung einen ihrer ergebensten Mitarbeiter." Der Vorsitzende, Casimir Perier, entgegnete: „Die Kammer empfindet lebhaft den Verlust, den Frankreich erlitten. Frankreich wird den Dienst Paul Bert's nicht vergessen, der einen Posten annahm, auf dem Ehre, Ruhm um den Preis des Lebens erkauft wurden." Die Worte Perier's wurden mit lebhaftem Beifall begleitet. Der Tod Bert's erfolgte an der Ruhr, diesem schlimmsten Feinde der Franzosen in Tonkin. Möglicherweise wird das Ableben des französischen Ministerresidenten eine Aenderung in dem Verwaltungssystem Tonkins herbeiführen. Das „Petit Journal" behauptet und hält seine Nachricht auch gegenüber einem Dementi der „Agence Havas" aufrecht, daß die Regierung die Absicht habe, das Militärregiment in Tonkin und Anam wieder herzustellen. Das Blatt sagt hierzu: „Der Versuch mit dem Civilregiment unter der Leitung des Herrn Generalresidenten Paul Bert ist kein glücklicher gewesen. Dieser Versuch ist in der That zu früh gemacht worden. Die Kolonisirung läßt sich nicht improvisiren; es dauert lange, sehr lange, ehe ein Volk seine Sitten ändert und sich unter das Gesetz des Siegers stellt." Eine gewisse Bestätigung der vom „Petit Journal" gebrachten Meldung dürfte in der Nachricht der „Kölnischen Zeitung" liegen, daß General Jamont ausersehen sei, Paul Bert zu ersetzen. Auf die Nachricht von der Erkrankung Paul Bert's hin hatte General Jamont, der auf sein Ersuchen von seiner Stellung in Tonkin entbunden wurde und von Hanoi abgereist war, aber noch in Saigon weilt, den Befehl erhalten, in Saigon zu bleiben und neue Weisungen des Kriegsministers abzuwarten.

— Henri Germain, der im „Temps" eine Darstellung der Finanzlage Frankreichs gibt, hat, wie man sich erinnert, in seinem ersten Artikel angeführt, daß die Ausgaben von 1874 bis 1882 von 2500 Millionen auf 3700 Millionen, also um 1200 Millionen gestiegen sind. Der Krieg von 1870 und seine Folgen hatten bereits die Last der Steuerzahler um 600 Millionen vermehrt; denn das Budget vom Jahre 1869 hatte nur 1900 Millionen aufgewiesen. Man kann hienach sagen, daß die französischen Ausgaben sich seit 1870 bis 1882 geradezu verdoppelt haben. Was die Steigerung des Budgets seit 1874 betrifft, so vergleicht nun Henri Germain dieselbe mit der in den anderen Großstaaten; in England habe sie 350, in Preußen 200, in Rußland 550, in Oesterreich-Ungarn 350 und in Italien 250 Millionen betragen. Hierauf sagt Germain weiter, der französische Mehraufwand lasse sich in 7 Kapitel bringen; das erste Kapitel begreife die Vermehrung der Kosten für die Steuereinhebung um etwa 100 Mill., da lasse sich aber nichts sparen, denn wenn man mehr Tabak verkaufe, mehr Telegramme expedire, mehr Briefe vertheile, so sei begreiflich, daß auch der Aufwand dafür wachse. Ferner erfordern das Aeußere, die Justiz, Kultus, Handel und Ackerbau und das Ministerium des Innern heute etwa 100 Millionen mehr; vielleicht ließen sich da einige Millionen ersparen, aber dies komme nicht in Betracht. Am Budget der Armee und der Marine lasse sich auch nichts sparen; denn wie der Industrielle die neuesten und besten Maschinen anschaffen müsse, so auch die Verwaltung von Krieg und Marine neue Gewehre, Bau neuer Forts u. s. w. Frankreich gab früher für Heer und Flotte 600 Millionen aus, jetzt 900 Mill., Deutschland nicht ganz 700 bei 45 Mill. Einwohner, Rußland 900 Millionen bei 90 Millionen Seelen, England 750, Oesterreich und Italien etwa die Hälfte. Der Unterricht koste ferner ebenfalls 100 Millionen mehr und der Aufwand für die Civil- und Militärpensionen sei von 108 auf 210 Millionen gestiegen. Damit habe man bereits eine Gesammterhöhung um etwa 550 Millionen und es lasse sich hieran auch nicht wohl viel sparen, höchstens 50 Millionen mit aller Anstrengung. Aber sparen lasse sich am Bautenbudget, das von 200 auf 650 Mill. stieg; diese unberechtigte Steigerung um fast 450 Millionen sei es, welche die Finanzen zerrüttet habe; hier müsse man ein anderes System einschlagen und zu einer Reduktion von 350—400 Millionen gelangen; ferner müsse man später die $4^1/_2$proz. Rente umwandeln, was 100 Millionen eintrage. Mit diesen 500 Mill. würde dann sich der Mehraufwand von 1200 auf 700 Millionen reduziren.

Spanien.

Madrid, 11. Nov. Das Blatt „Resumen" will in Erfahrung gebracht haben, die Regierung beabsichtige, alle Parteien um den Thron zu scharen, um nationale Unternehmungen, so z. B. eine thatkräftige Politik gegenüber Marokko, einzuleiten und 30,000 Mann in die spanischen Festungen in Afrika zu senden. — Um die bestehende Ordnung zu konsolidiren, beabsichtigt die Regierung große öffentliche Bauten in Spanien und auf Cuba. Sie verständigt sich in diesem Augenblicke mit einer Gesellschaft französischer Kapitalisten und Bauunternehmer, welche auf Cuba ein das ganze Land durchziehendes Schienennetz herstellen sollen. Auch eine der größten französischen Maschinenfabriken nimmt an dem Unternehmen Antheil.

Großbritannien.

London, 11. Novbr. Der russische Botschafter Herr v. Staal hatte gestern Nachmittag eine längere Konferenz mit Lord Iddesleigh.

— Nachdem Lord Wolverton vor etwa 14 Tagen im repräsentativen Rath des Liberalen Vereins von Dorset eine Resolution zu Gunsten des Home-Rule-Prinzips beantragt hatte, richtete Lord Stalbridge, der gleichfalls Mitglied jenes Rathes ist, an den Antragsteller einen Brief, worin er den Vorschlag einer solchen Resolution bedauerte und Lord Wolverton zu bedenken gab, „daß ein solches Verfahren nicht verfehlen könne, den in der liberalen Partei bereits bestehenden Bruch noch mehr zu erweitern." Hierauf schreibt nun Herr Gladstone an Lord Wolverton, daß er gleichfalls die Einigkeit der Partei ersehne. Er würde Lord Stalbridge geantwortet haben: „Wir Alle wünschen die Einigkeit der Partei. Wenn die Regierung ihren Plan der heimischen Regierung und der Lokalregierung für Irland vorlegt, dann wird es die Pflicht von Jedermann sein, zu erwägen, ob es möglich sein dürfte, darüber ein gemeinschaftliches Aktionsverfahren zu verfolgen — eine schwierige Frage, die nicht im voraus beurtheilt werden kann, die aber in einem versöhnlichen Geiste erwogen werden sollte. Es gibt indessen ein Ding, worüber wir sicherlich Alle bereits einverstanden sind, falls wir Liberale sind, und dies ist der Entschluß, durch unsere eigene Handlungsweise das Schisma nicht zu verlängern. Jetzt kann nichts zum Schluß des Bruches geschehen, bevor wir die Regierungspläne kennen. Nachdem die Regierung darüber gemurrt hat, daß wir 6 Wochen Bedenkzeit brauchten, hat sie jetzt ohne eine Klage unsererseits bereits 6 Monate für die Vorbereitung ihrer Pläne gebraucht. Stimmen wir nicht alle wenigstens darin überein, daß sie nach dem Ablauf dieser reichlichen Zeit vorgelegt werden sollten? Und wenn wir darüber eines Sinnes sind, dann mögen die abfälligen Liberalen ihren Einfluß bei der Regierung aufbieten und die Vorlegung der betreffenden Pläne verlangen."

Rußland.

St. Petersburg, 11. Nov. Die „Neue Zeit" sagt, es sei nicht zu erwarten, daß Rußland seine bisher stetig aufrecht gehaltenen Anschauungen über die ungesetzliche Thätigkeit der Revolutionäre in Tirnowa nur deshalb ändern werde, weil die Sobranje einen Bruder der russischen Kaiserin zum Fürsten gewählt habe. Uebrigens stehe die Ablehnung des Prinzen Waldemar außer allem Zweifel.

Bulgarien.

Tirnowa, 11. Nov. Die nächste Sitzung der Sobranje ist bis zum Samstag verschoben, nachdem der Präsident Schiskow in der heutigen Sitzung die Antwort des Prinzen Waldemar mitgetheilt hatte. (Zu der gestrigen Mittheilung über die Antwort des Prinzen ist noch nachzutragen, daß der Prinz dem Ausdruck des Dankes die Mittheilung hinzufügt, er habe das erhaltene Telegramm seinem Vater, dem Könige von Dänemark, übersandt [„qui est seul en état de répondre officiellement"].) — Die „Pol. Korresp." meldet von hier: Eine Note des Generals Kaulbars an die Regierung fordert die Freilassung der russischen Offiziere Nabokoff und Zalowski. Die Regierung ist geneigt, dies zu bewilligen. Eine zweite Note wirft den Behörden von Burgas und Dubnitza unmenschliche Behandlung der wegen Mordes und Meuterei angeklagten Individuen vor. Diesem Vorwurfe ist die Regierung entschlossen entgegenzutreten.

— Die „Nordd. A. Ztg." bemerkt zu der Wahl des Prinzen Waldemar von Dänemark durch die Sobranje: „Der in Tirnowa vollzogene Wahlakt, welcher, nach dem Wunsche seiner Urheber, Bulgarien einen neuen Fürsten geben soll, kann möglicherweise berufen sein, an einer baldigen Klärung der Situation mitzuwirken, gleichviel, wie der Entscheid des Prinzen Waldemar von Dänemark ausfalle. Daß Letzterer die ihm dargebotene Fürstenwürde aus den Händen von Persönlichkeiten entgegennehme, die von Rußland gleichsam in Verruf erklärt worden sind, wird fast durchgehends bezweifelt, aber selbst in diesem Falle würde die Lage nicht so bleiben, wie sie ist, nachdem die Regentschaft alsdann ihrer eigenen Erklärung gemäß von der Leitung der Geschäfte zurücktreten würde. Ein Mitglied der Regentschaft, Karaweloff, hat für seine Person bereits den Anfang gemacht und seine Würde niedergelegt, aus Motiven, welche wahrscheinlicher der Zukunft als der Vergangenheit angehören dürften."

Türkei.

Konstantinopel, 10. Nov. Aus Adrianopel wird gemeldet, daß dort etwa 170 Personen, darunter Offiziere, Beamte und Notable als Flüchtlinge aus Ostrumelien angelangt seien. Sie glauben, daß die Lage Ostrumeliens schwieriger als je sei, und fürchten für die öffentliche Sicherheit daselbst.

Griechenland.

Athen, 9. Nov. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer trat der Ministerpräsident Trikupis energisch für die Reorganisation der Armee ein, die eine Nothwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Ansehens Griechenlands sei.

— In Griechenland liegen die parlamentarischen Verhältnisse nicht nach dem Sinne der Regierung. Seit dem Wiederbeginn der Kammerverhandlungen zeigt sich, daß die Opposition eine für das Ministerium Trikupis bedenklich starke ist, die allerdings zum Glücke für die jetzige Regierung an großer Uneinigkeit leidet, aber, wenn in irgend einem Falle die oppositionellen Parteien zusammenstimmen, leicht die Mehrheit erhalten könnte. Diese Eventualität würde aber, wie man glaubt, nicht den Rücktritt der Regierung, sondern die Auflösung der Kammer zur Folge haben, da der bedeutendste Oppositionsführer, der vormalige Ministerpräsident Delyannis, bei der großen Menge des Volkes unpopulär ist und weil viele oppositionelle Abgeordnete von der Wiederkehr eines Ministeriums Delyannis nichts wissen wollen. Man kann es Herrn Delyannis nicht vergessen, daß er mit der drohenden Haltung, die er nach dem ostrumelischen Aufstande und der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien gegen die Türkei einnahm, dem Lande die ungeheuren Kosten monatelanger Kriegsbereitschaft aufbürdete. So gilt es für wahrscheinlich, daß, wenn die Opposition der Regierung in der Deputirtenkammer eine Niederlage beibringt, Trikupis zur Auflösung der Kammer schreiten wird.

---

getreten, welcher bis 1837 die Direktion führte und in diesem Jahre Dr. Ernst Kärcher zum Nachfolger erhielt. Kärcher, welcher sich auch auf wissenschaftlichem Gebiete einen Namen gemacht hatte, gehörte der Anstalt 35 Jahre an, 18 Jahre war er Direktor. In seine Amtsführung fällt die sturmbewegte Zeit der Jahre 1848—49, die auch an unserer Schule nicht spurlos vorüberging. Kam es doch vor, daß in jener Zeit zuweilen in der obersten Klasse kaum die Hälfte der Schüler anwesend war. Aus jener Zeit ist nur noch ein Lehrer an der Anstalt thätig, Ludwig Beck, der seit 37 Jahren mit unermüdlichem Pflichteifer ununterbrochen am Gymnasium wirkt. Nach Kärcher's Tod erhielt Karl Friedrich Vierordt, der mit wahrem Bienenfleiße die Geschichte des Gymnasiums in zwei Programmbeilagen geschrieben hat, die Direktion der Anstalt. Sein Nachfolger, Christian Friedrich Gockel, der bei Uebernahme der Direktion selbst äußerte, er werde nach menschlicher Voraussicht nur kurze Zeit die Würde und Bürde des Amtes zu tragen haben, stand bis 1867 an der Spitze der Anstalt. Er war nahezu 48 Jahre im Dienst, als er die Direktion an Gustav Wendt abgab.

Unter der Regierung des Großherzogs Friedrich gedieh das Gymnasium zu früher nie erreichter Blüthe. Die fürstliche Fürsorge und das lebhafte Interesse, welches so viele seiner glorreichen Ahnen der Anstalt widmeten, wurde von Großherzog Friedrich derselben in noch erhöhtem Maße zu theil. Gar manchen Anlaß benutzte Seine Königliche Hoheit, sein persönliches Interesse der Anstalt gegenüber zu bekunden. Mit dankbarer Erinnerung an den hohen Stifter verleiht die Schule denn auch alljährlich den im Jahre 1862 gestifteten Fichte Preis. Die erstmalige Verleihung desselben geschah im Jahre 1863 an den Obersextaner Karl Bissinger. Nicht zum geringsten ist das der persönlichen Theilnahme unseres Landesfürsten zu danken, wenn endlich ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung ging und die Schule aus den engen Räumen und vom Geräusche des Marktes hinweg eine neue Wohnstätte erhielt.

Im alten Hause noch und unter der frühern Leitung war es ihr vergönnt, drei Feierlichkeiten zu begehen, alle in dem einen Jahre 1859. Wohl kam es der Schule zu, sich an dem Erinnerungsfeste, das die ganze Nation ihrem Lieblingsdichter Schiller weihte, zu betheiligen. In demselben Jahre konnte sie aber auch den Zoll dankbarer Erinnerung an Hebel abtragen, der ihr besonders nahe gestanden, wie an Melanchthon, dessen hohe Bedeutung für das ganze Schulwesen Deutschlands wir oben berührt haben.

Wir nähern uns in unserer Besprechung der Gegenwart. Noch sind die alten Grundlagen des Gymnasialunterrichts maßgebend, wenn die Neuzeit sich auch anders zu den klassischen Studien verhält, als das sechzehnte oder achtzehnte Jahrhundert. Keinem vernünftig Denkenden wird es einfallen, die Berechtigung der Naturwissenschaft, der deutschen Sprache und der Geschichte für den Gymnasialunterricht bestreiten zu wollen, Niemand wird trotz der sorgsamsten Vertiefung in die Lektüre klassischer Autoren die Schüler des neunzehnten Jahrhunderts zu lateinischen Stilisten heranbilden wollen. Aber daß die reichentwickelten Sprachen der Alten, daß vor Allem die noch unerreichte Literatur der Hellenen die Grundlage der Gymnasien bleibe, ist, wohl zum Heile der Nation, nicht bloß von unserer Schule, wie in ganz Baden, sondern im ganzen Deutschen Reiche mit Recht fester Grundsatz. Freilich machen sich von verschiedenen Seiten Forderungen geltend, die eine Umgestaltung, ja Neugestaltung unserer Mittelschulen verlangen. Was durchdringen wird, steht noch dahin.

Immer aber möge, wie bisher, die Pflege echt wissenschaftlichen Geistes, sittlichen Ernstes und treuer Vaterlandsliebe in dieser Anstalt walten! Ein anderes Geschlecht wird heranwachsen; mit dem alten wird Gunst und Haß zu Grabe gehen — für edles, mannhaftes Streben und tüchtiges Wirken wird die unparteiische Würdigung nicht versagt bleiben. So begehe das Gymnasium in Karlsruhe mit gerechter Freude seinen Ehrentag! Wie es nicht ohne Stolz auf ein dreihundertjähriges Dasein zurückblicken darf, möge ihm eine glückliche Zukunft erblühen unter einer weisen Regierung, in einem machtvollen, ruhmreichen Vaterlande!

Zeitungsstimmen.

Anläßlich der Einberufung des Reichstags äußert die „Nationalzeitung": „Es ist nicht zu bezweifeln, daß bis zum 25. d. M. der Bundesrath den Etat festgestellt haben, in diesem und einigen kleineren Vorlagen also mehr als genügender Berathungsstoff für die drei Wochen bis zum Beginn der parlamentarischen Weihnachtsferien vorliegen wird. Die Finanzlage, wie sie in dem Etat sich darstellt, wird vermuthlich gleich zu Anfang lebhafte Verhandlungen herbeiführen; zu der besonderen politischen Bedeutung, welche diese Session vermöge der Militärfrage gewinnen dürfte, wird sie sich aber wahrscheinlich erst in einem späteren Stadium entwickeln. — Daß das bisherige Präsidium wiedergewählt wird, unterliegt nach dem Vorgang in der kurzen außerordentlichen Session noch weniger einem Zweifel als in früheren Fällen während der gegenwärtigen Legislaturperiode."

Die „Nationalliberale Korrespondenz" meint, der bevorstehende Reichstag würde wohl wieder mit Anträgen

auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung bedacht werden. Es sei daher von Neuem die Mahnung angebracht, diese Dinge lediglich nach ihrer sachlichen Bedeutung zu prüfen: „Man sagt uns, das Deutsche Reich werde doch im Stande sein, dasjenige Maß von Arbeiterschutz zu gewähren, welches man bereits in der Schweiz und in Oesterreich durchgeführt habe. Indeß gerade die Erfahrungen dieser Nachbarstaaten sind nach der Meinung Sachverständiger durchaus geeignet, von übereilten Schritten auf diesem Gebiete zurückzuhalten. Den Vorwurf des Manchesterthums, der, was die Arbeiterschutzgesetzgebung anlangt, in der That in den letzen Jahren vorzugsweise gegen den Fürsten Bismarck und die nationalliberale Partei erhoben worden ist, scheuen wir nicht, weil er, gegen eine Regierung und eine Partei erhoben, die dem industriellen Arbeitgeber zum Wohle des Arbeiters Lasten auferlegt haben, wie es im Kranken- und Unfallversicherungsgesetz der Fall gewesen, geradezu lächerlich ist. Was bedeutet aber, praktisch genommen, die ganze schweizerische oder österreichische Fabrikgesetzgebung gegenüber der in freigebiger Weise geregelten Fürsorge für den erkrankten oder verunglückten Arbeiter und dessen Hinterbliebene, wie sie das Deutsche Reich gewährt? Wie die Dinge heute liegen, kann man sagen, daß den bei uns im Vordergrunde stehenden Arbeiterschutzforderungen weniger das Interesse der Arbeitgeber als das der Arbeiter selbst entgegentritt. Wir können die Bemerkung nicht unterdrücken, daß auch Oechelhäuser in seiner verdienstvollen Arbeit wohl zu sehr nur das im Auge gehabt hat, was man dem Unternehmer zumuthen kann, wenn er rundweg Verbot aller Kinderarbeit bis zu 14 Jahren und der Nachtarbeit der Frauen verlangt. Wir unsererseits möchten uns wenigstens zu einer solchen Forderung nicht eher entschließen, als bis durch eine genaue Ermittelung aller einschlägigen Verhältnisse der Nutzen der Maßregeln für die Schutzbedürftigen außer Zweifel gestellt wäre. Wie wenig sich diese Dinge im Handumdrehen entscheiden lassen, zeigt die gewaltige, noch immer nicht abgeschlossene Arbeit, welche die Erhebungen über die scheinbar so einfache Sonntagsarbeitsfrage verursacht haben. Auch auf den elfstündigen Maximalarbeitstag in der Erwägung einzugehen, daß derselbe an den thatsächlichen Verhältnissen im Allgemeinen nichts ändern würde, scheint uns bedenklich. Wir können nur immer wieder empfehlen: gründliche sachliche Untersuchung der Arbeiterverhältnisse unter kühler Verachtung aller agitatorischen Redensarten!"

Die „Konservative Korrespondenz" unterzieht die **gegenwärtige Lage der bulgarischen Angelegenheit** einer Erörterung, welche sie mit den Worten abschließt: „Es kann unter solchen Umständen keine Frage sein, daß für die Politik Deutschlands auch heute keine andere Aktionslinie möglich ist, als die seit Monaten konsequent innegehaltene, deren einfache Grundzüge auf die Sätze hinauslaufen, kein fremdes Interesse — wie stark uns auch unser menschliches Gefühl nach dieser Richtung hinüberdrängen mag — wärmer in's Auge zu fassen, als das eigene unseres deutschen Vaterlandes, und die Vortheile der Freundschaft, wie die Nachtheile der Feindschaft Rußlands für uns mit allen Gegenfaktoren in eine klare Bilanz zu bringen. Daneben und unbeschadet dieses Grundprogramms wird sich selbstverständlich reiche Gelegenheit bieten, die aufrichtige Freundschaft, die uns mit Oesterreich verbindet, in energischen diplomatischen Einwirkungen auf Rußland behufs möglichst umfassender Wahrung der Interessen des erstgenannten Staates zu bethätigen. Darüber hinaus aber kann eine Initiative zu einer Gegenaktion gegen Rußland, welchen weiteren Verlauf die Dinge auch nehmen mögen, von uns nicht erwartet werden; wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, die Situation nach allen Richtungen erst ausreifen zu lassen, für alle Dinge die rechte Stunde abzuwarten und, nicht zum wenigsten, der göttlichen Gerechtigkeit zu vertrauen, welche den „faulen Thaten", die jetzt in Bulgarien zum Himmel schreien, den gebührenden, aus ihren eigenen Keimen heraus erwachsenden Lohn nicht schenken wird."

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. November.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog auf Schloß Baden den Oberst von Münenberg, Kommandeur des 4. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 112, den Justizrath Lotheisen, Divisionsauditeur der 25. Division, beauftragt mit der Vertretung der Stelle des Corpsauditeurs 14. Armeecorps, den Gymnasiumsdirektor Wendt von hier, welcher Seiner Königlichen Hoheit über die Festfeier des 300jährigen Jubiläums des hiesigen Gymnasiums Vortrag hielt.

Mittwoch, den 10. ds., empfing der Großherzog den Professor der Theologie an der Universität Straßburg, Dr. Holtzmann, welcher Höchstdemselben die neueste Auflage seines Lehrbuches der historisch-kritischen Einleitung in das neue Testament persönlich überreichen wollte.

Gestern Abend erhielten die Großherzoglichen Herrschaften die Nachricht von der in Paris erfolgten glücklichen Ankunft des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin.

---

* (Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden") Nr. 47 vom heutigen Tage enthält eine landesherrliche Verordnung vom 30. v. Mts., den Vollzug des Jagdgesetzes betreffend, eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 6. d. Mts. bezüglich der Jagdgesetzgebung und eine Verordnung desselben Ministeriums vom 6. d. Mts. wegen des Vollzugs des Jagdgesetzes.

Das Gesetz vom 29. April 1886, die Abänderung des Jagdgesetzes betreffend, tritt mit dem 15. November 1886 in Wirksamkeit.

* (Das „Verordnungsblatt der Generaldirektion der Großh. Bad. Staatseisenbahnen") Nr. 57 enthält eine allgemeine Verfügung betreffs der Organisation des Eisenbahnbetriebsdienstes, sowie sonstige Bekanntmachungen über Vorschriften für den Fahrdienst, Winterfahrplan 1886/87, Unterhaltung der Güterwagen, Verzeichniß der zulässigen Maximalradstände, Berichtigungen und Ergänzungen in den Telegraphentarifen, Eröffnung neuer Bahnen bezw. Stationen, Ordensverleihung, endlich Dienstnachrichten.

* (Vereidigung.) In den hiesigen Kirchen erfolgte heute Vormittag die Eidesleistung der Rekruten.

♁ **Baden**, 10. Nov. (Fernsprechanlage.) Bis jetzt haben sich zur Fernsprechanlage 37 Theilnehmer gemeldet. Nachdem mit diesen die Verträge abgeschlossen sind, fordert die Oberpostdirektion in einer Bekanntmachung zu unverzüglichen weiteren Anmeldungen auf. Baden ist die siebente Stadt unseres Landes, die mit diesem Verkehrsmittel versehen wird. Obenan stehen die Handels- und Fabrikstädte Mannheim und Pforzheim mit 293 bezw. 169 Theilnehmern, dann folgt Freiburg mit 89. Die übrigen Städte weisen eine viel schwächere Betheiligung auf: Karlsruhe 43, Heidelberg 39, Baden 37, Konstanz 34. Im ganzen deutschen Reiche sind in 110 Städten mehr als 20,000 Fernsprechstellen eingerichtet. Die Reihe eröffnet Berlin mit 4839, dann folgen Hamburg (1938), Dresden (839), Leipzig (497), Frankfurt-Main (448). Es ist als sicher anzunehmen, daß in einem Badeort wie Baden, dessen Villen weithin auf den umliegenden Höhen zerstreut liegen, die Theilnehmerzahl sich noch wesentlich erhöhen wird.

≙ **Heidelberg**, 11. Nov. (Glasgemäldeausstellung. — Vorträge.) Bekanntlich hatten Frauen und Jungfrauen hiesiger Stadt bei der Vermählung des Erbgroßherzoglichen Paares den Entwurf eines Glasgemäldes übergeben. Heute und gestern war nun das fertige Gemälde aus der bekannten Glasmalerei des Herrn Beiler dahier ausgestellt und bildete einen Anziehungspunkt für Jung und Alt. Das Gemälde ist in prächtigen Farbentönen komponirt und stellt die „Minne" dar, im Hintergrunde die altehrwürdige Schloßruine. Dasselbe soll in den nächsten Tagen an seinen Bestimmungsort Karlsruhe (Schlößchen) verbracht werden. — Herr Dr. Arthur Kleinschmidt, Dozent der Philosophie an hiesiger Universität, dessen Vorträge vom letzten Wintersemester her noch in bestem Andenken bei seinen zahlreichen Zuhörern stehen, hat sich entschlossen, auch in diesem Winter einen Cyklus von sechs Vorträgen an sechs aufeinanderfolgenden Samstag-Abenden im Gartensaal des Museums zu halten. Das Abonnement für dieselben ist sehr billig und ermöglicht auch den Unbemittelteren, daran theilzunehmen. Der Cyklus wird am 20. November mit „Philippine Welser" eröffnet; dann folgen: „Der Prätendent Karl Eduard Stuart", „Jaques Nekker", „Die Herzogin von Angoulême", „Napoleon auf St. Helena", „Dora d'Istria, Fürstin Koltzow-Massalski".

✗ **Gernsbach**, 12. Novbr. (Gartenbauverein. — Wochenmärkte. — Schweinezucht.) Unser Gartenbauverein, der jetzt 124 Mitglieder zählt, hat am letzten Dienstag Abend eine Versammlung abgehalten, die von 60 Mitgliedern und einer Anzahl Nichtmitglieder besucht war. Herr Handelsgärtner W. Ohlmer referirte über die Kultur der Chrysantemum, Cyclamen und Primel. Da die unter die Mitglieder zur Verloosung kommenden Pflanzen aus diesen drei Gattungen ausgewählt waren und während der Versammlung in wunderschönen blühenden Exemplaren die Tische zierten, wurden die Mittheilungen über deren Anzucht und Weiterkultur mit großem Interesse von den Vereinsmitgliedern entgegengenommen. Außer blühenden Pflanzen wurden noch eine größere Anzahl Birnpyramiden in schönen Exemplaren verloost, die der erste Vorstand des Vereins, Herr Oekonom und Obstgärtnereibesitzer Martinsen, für die Verloosung geschenkt hatte. Eine Besprechung über die Anbauresultate mit den vom Gartenbauverein im letzten Frühjahr vertheilten Gartensämereien, die als zweiter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt war, wurde sehr lebhaft und interessant und hat ergeben, daß der größte Theil der Sämereien von vorzüglicher Güte war. Daß die vom Gesammtvorstande ausgewählten Sämereiensorten fast durchweg für kommendes Frühjahr wieder zur Anschaffung kommen, ist gewiß ein Beweis dafür, wie sorgfältig die letztjährige Auswahl bewerkstelligt wurde und wie sehr sich die Vorstandsmitglieder die Interessen des Vereins angelegen sein lassen. — Die Krautzufuhr auf unsern Wochenmärkten hat bedeutend abgenommen, es dürfte auch der Bedarf größtentheils gedeckt sein. Butter wird immer noch viel zum Verkauf aufgestellt, denn immer wird noch ein großer Theil der Kühe mit Grünfutter ernährt. Es ist zwar fraglich, ob die Thiere die so lange fortgesetzte Grünfütterung ohne Schaden ertragen; denn das frisch gehaltene Futter ist jetzt eben doch fast immer naß und kalt und wo solches nicht mit Dürrfutter richtig vermischt wird, kann Krankheit der Thiere die Folge dieser Fütterung werden. Auf unsern Schweinemärkten sind Milch- und Läuferschweine immer noch gesucht und werden zu guten Preisen abgesetzt. Trotzdem es wenig Kartoffeln gegeben hat, scheint die Schweinehaltung nicht abzunehmen. Glücklicherweise ist unser Bezirk dieses Jahr vom Roth'auf — der im Vorjahre in vielen Gemeinden die Schweinebestände sehr dezimirt hat — verschont geblieben und es ist wirklich zu wundern, daß in den verseuchten Ställen die wiedereingestellten Thiere durchweg seuchefrei blieben. Es wurden zwar überall die Ställe gut desinfizirt, die Bauersleute werden auch vorsichtiger und suchen dieser gefährlichen Krankheit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

≌ **Vom Bodensee**, 11. Nov. (Landwirthschaftliches. — Wasserversorgung. — Witterung.) Das Ergebniß der heurigen Ernte darf, namentlich quantitativ, als ein ziemlich befriedigendes bezeichnet werden. Gegenwärtig ist man allenthalben mit dem Ausdrusch der eingeheimsten Früchte beschäftigt. Der Schrannenverkehr hat sich gehoben und die Zufuhren sind bedeutender geworden. Auch die Preise gingen etwas in die Höhe. Prima-Qualitäten erzielten raschen Umsatz. — In der Gegend von Rottenburg (Württemberg) sind die heurigen Hopfenvorräthe großentheils zum Preise von 25—55 M. per Zentner verkauft worden. — Die behufs der Wasserversorgung des Heuberges angeordneten Grabarbeiten haben schon an verschiedenen Orten begonnen und viele Arbeiter beschäftigt. Dieselben dürften, wenn einigermaßen die Witterung das Fortarbeiten gestattet, in kurzer Frist fertig gestellt sein. — Der vorgestern gefallene Schnee hat sich Mittags wieder verabschiedet. Eigenthümlich ist, daß in Höhenlagen von 2000 Fuß und darüber zur Zeit vollständig gereifte und ausgewachsene Himbeeren gepflückt werden, welche an Schönheit und Schmackhaftigkeit und seltener Größe den Sommerfrüchten vollständig gleichkommen.

Theater und Kunst.

—k. **Karlsruhe**, 12. Nov. (Konzert Dengremont im Museum.) Das populäre Konzert des Violinvirtuosen Dengremont war gestern leider nur sehr schwach besucht; unter diesen Umständen verdient es doppelte Anerkennung, daß die Künstler ihr nicht weniger als dreizehn Nummern umfassendes Programm mit peinlicher Gewissenhaftigkeit abwickelten, ein etwas abgekürztes Verfahren ausgenommen, welches Herr Eckhoff in dem Bach-Liszt'schen Opus einschlug. Der Künstler entfaltete im Uebrigen sowohl beim Vortrag dieses Stückes, als in Kompositionen von Schumann, Chopin, Berlioz und in einer eigenen, wohl kaum populär werdenden Konzertwalse eine bedeutende Gewandtheit. Der eigentliche „Stern" des Unternehmens, Herr Dengremont, versteht auch jetzt, nachdem der Nimbus des Wunderkindes um ihn verflogen und er ein schlanker Jüngling geworden ist, als ein vorzüglicher, trefflich entwickelter Violinspieler sich Geltung zu verschaffen. Seine Technik insbesondere scheint an Sicherheit, Sauberkeit und Feinheit gewonnen zu haben, während seinem Vortrag tiefere Innerlichkeit, höherer Schwung und temperamentvolles Feuer abgeht. Als eine angenehme Abwechslung wurden die Gesangsvorträge des Frl. Lilly Karen empfunden. Die liebenswürdige Sängerin brachte die „Barbier"-Arie, sowie Gesänge von Liszt, Riedel und Lachner in wohlklingender, anmuthiger Weise zur Wiedergabe.

Verschiedenes.

W. **Rom**, 11. Nov. (Ueber die Zunahme der Wassernoth) wird hiesigen Blättern berichtet: Der Po und dessen Zuflüsse, sowie die Etsch steigen. Einer Meldung aus Genua zufolge stürzte die Brücke bei Albenge ein, wodurch ein Lastzug in's Wasser stürzte; fünf Personen wurden getödtet. Infolge des Austretens des Bormideflusses ist die Gegend zwischen Marengo und Alessandria überschwemmt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In **Karlsruhe:** Sonntag, 14. Nov. 125. Ab.-Vorst.: **„Die lustigen Weiber von Windsor"**, komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Aufzügen. Nach Shakspeare's gleichnamigem Lustspiel gedichtet von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai. Anfang 6 Uhr.

Montag, 15. Nov. 2. Sondervorst. zu ermäßigten Preisen: **„Die Jungfrau von Orleans"**, Trauerspiel in 5 Akten nebst einem Vorspiel, von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register

Todesfall. 11. Nov. Karoline Schlimm, led., Taglöhnerin, 35 Jahre.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
11. Nachts 9 Uhr	745.6	+ 7.1	7.2	96	C	sehr bew.
12. Mrgs. 7 Uhr [1])	744.5	+ 3.2	5.6	97	SW_1	bedeckt
12. Mrgs. 2 Uhr	745.6	+ 7.3	6.3	89	SW_1	"

[1]) Nebel.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 12. Nov., Mrgs. 4.04 m, gefallen 12 cm.

Wetterkarte vom 12. November, Morgens 8 Uhr.

Uebersicht der Witterung. Ueber Nordwesteuropa ist das Barometer gefallen, im Uebrigen fast überall gestiegen; die Luftdruckvertheilung ist auf dem ganzen Gebiete ziemlich gleichmäßig. Ueber Centraleuropa ist das Wetter ruhig, meist trübe oder neblig und durchschnittlich ziemlich warm; im deutschen Binnenlande ist stellenweise Regen gefallen. Ausgebreitete und ziemlich erhebliche Niederschläge werden von den britischen Inseln gemeldet. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 12. November 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.40	Staatsbahn	197 3/8
4% Preuß. Cons.	105.90	Lombarden	84 3/4
4% Baden in fl.	103.55	Galizier	160.40
4% " in M.	104.65	Elbthal	144
Oester. Goldrente	92.30	Mecklenburger	166.70
" Silberr.	68.80	Hess. Ludwigsbahn	—.—
4% Ungar. Goldr.	83.30	Lübeck-Büchen Ob.	161.—
1877r Russen	97.50	Gotthard	97.30
1880r "	84.50	**Wechsel und Sorten.**	
II. Orientanleihe	58.80	Wechsel a. Amst.	168.47
Italiener compt.	100.10	" " Lond.	20.41
Egypter	76.80	" " Paris	80.52
Spanier	65.60	" " Wien	162.75
5% Serben	79.85	Napoleonsd'or	16.14
Banken.		Privatdiscont	2 7/8
Kreditaktien	230	Bad. Zuckerfabrik	30.—
Disconto-Commandit	212.20	Alkali Wester.	—.—
Basler Bankver.	177.10	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	144.60	Kreditaktien	229 7/8
5% Serb. Hyp. Ob.	79.90	Staatsbahn	197 7/8
		Lombarden	84 3/8
		Tendenz: still.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	463.50	Kreditaktien	283.40
" Staatsbahn	396.50	Marknoten	61.42
Lombarden	172.—	Tendenz: fest.	
Disco.-Comman.	212.20	**Paris.**	
Laurahütte	69.20	4 1/2% Anleihe	109.55
Dortmunder	50.90	Spanier	66
Marienburger	36.20	Egypter	383
Mecklenburger	—.—	Ottomane	525
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

PROSPECTUS.

St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn

4½ % consolidirte Prioritäts-Gold-Obligationen

(consolidated Mortgage Gold-Bonds).

Die St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn-Gesellschaft besass nach Ausweis des Geschäftsberichts vom 30. Juni 1886 ein Bahnnetz in Gesammtlänge von 1509 Meilen und einen Wagenpark von 201 Locomotiven, 163 Passagier- und 4909 Güterwagen. Seit diesem Zeitpunkt sind seitens der Compagnie weitere circa 340 Meilen hinzugebaut worden. Der Bahnkörper war am 30. Juni 1886 mit Ausnahme von circa 450 Meilen durchweg mit Stahlschienen belegt.

Das Anlagekapital der Eisenbahn-Gesellschaft stützte sich ausweislich der Bilanz vom 30. Juni 1886 zusammen aus

Dollars 20,000,000.— Stammactien und
Dollars 32,336,000.— Prieritäts-Obligationen;

die letzteren zerfallen in

Dollars 5,250,000.— eingetragen zur ersten Stelle auf circa 650 Meilen Bahnlänge (von St. Paul via East St. Cloud nach Barnesville, von East Minneapolis bis Breckenridge und via Barnesville nach St. Vincent und von Crookston nach dem Red River), sowie auf die Ländereien (Land Grant);
Dollars 8,000,000.— eingetragen zur zweiten Stelle auf dieselbe Strecke, exclusive der Ländereien;
Dollars 366,000.— St. Paul and Pacific Prioritäten (im Jahre 1892 fälliger Grundschuld est, eingetragen auf die Linie St. Paul nach Watab);
Dollars 5,676,000.— eingetragen zur ersten Stelle auf die Linien in Dakota;
Dollars 13,044,000.— consolidirte Obligationen, eingetragen auf sämmtliche Linien; die letzteren Obligationen sind im laufenden Geschäftsjahr um Dollars 300,000.— vermehrt worden.

Schwebende Schulden sind bei der Eisenbahn-Gesellschaft **nicht** vorhanden.

Der Gesammtbetrag der auszugebenden consolidirten Prioritäts-Obligationen ist auf Dollars 50,000,000.— begrenzt, mit der Maassgabe, dass **die Ausgabe von consolidirten Prioritäts-Obligationen nur erfolgen darf, entweder im Austausch gegen die gleichen Nominalbeträge bereits bestehender Prioritäts-Obligationen, oder für den Bau neuer Linien, wobei jedoch der zur Ausgabe gelangende Betrag die Rate von Dollars 15,000.— für jede fertiggestellte Meile für eingeleisige, oder Dollars 27,000.— für jede fertiggestellte Meile für doppelgeleisige Strecken nicht überschreiten darf.**

Demnach haftet für die Sicherheit der consolidirten Prioritäts-Obligationen die erste Hypothek auf die aus ihren Erlösen erbauten und noch zu erbauenden Bahnlinien mit Ausnahme der Linien in Dakota, sowie die allgemeine Hypothek auf die gesammten Linien der St. Paul, Minneapoli & Manitoba Eisenbahn-Gesellschaft, unbeschadet der den früheren Prioritäten im Gesammtbetrage von ca. Doll. 19,000,000.— auf die älteren Linien der Gesellschaft zustehenden hypothekarischen Vorzugsrechte; in die allgemeine Hypothek sind ausserdem noch die der ersten Priorität als Unterlage dienenden Ländereien mit eingeschlossen.

Durch Vertrag vom 1. Mai 1883 ist der Central Trust Company of New-York die Controle über die Ausgabe der Obligationen übertragen worden. Dieselbe hat auch darüber zu wachen, dass für den Gegenwerth aller Verkäufe von Ländereien der Eisenbahn-Gesellschaft, nachdem die im Betrage von Doll. 5,250,000.— noch im Umlauf befindlichen ersten Prioritäten getilgt sein werden, die entsprechende Summe consolidirter Prioritäts-Obligationen bestmöglich aufgekauft und annullirt wird.

Der Besitz an unverkauften Ländereien (Land Grant) der St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn-Gesellschaft, auf welche sich das Pfandrecht der consolidirten Prioritäten erstreckt, belief sich am 30. Juni 1886 auf 2,289,428 Acres. Der durchschnittliche Verkaufspreis für Ländereien während des letzten Geschäftsjahres stellte sich auf Dollars 5.30 pro Acre.

Die seither ausgegebenen consolidirten Prioritäts-Obligationen sind mit 6 pCt. verzinslich. Die gegenwärtig von der Trust Company der Eisenbahn-Gesellschaft behufs Ausgabe zur Verfügung gestellten consolidirten Obligationen werden mit 4½ pCt. fürs Jahr verzinst; die Stücke lauten auf je Dollars 1000, tragen halbjährliche, am 1. Januar und 1. Juli in New-York **in Gold** zahlbare Zinscoupons und werden am 1. Juli 1933 zum Nennwerthe **in Gold** zurückgezahlt, insoweit sie nicht vorher durch Rückkauf zur Tilgung gelangt sind. Die Stücke lauten auf den Inhaber, können aber auch auf Wunsch des Eigenthümers in den Büchern der Gesellschaft auf seinen Namen eingetragen, sowie auch wieder auf Inhaber gestellt werden.

In dem am 30. Juni 1886 abgelaufenen Geschäftsjahr stellten sich bei der St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn-Gesellschaft

die Brutto-Einnahmen auf	Doll.	7,321,736.21
die Netto-Einnahmen auf	„	3,483,084.26
woraus nach Abzug der Prioritäts-Zinsen von	„	1,999,820.—
6 pCt. Dividende auf das Actiencapital mit	„	1,200,000.—
vertheilt wurden und restliche	„	283,264.26

als Ueberschuss verbleiben.

Zu diesem Netto-Ueberschuss tritt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Einnahme von Dollars 171,116.08, welche hauptsächlich aus Bezügen von anderen Eisenbahn-Gesellschaften herrührt und als dauernd angesehen werden darf. Es verbleibt demnach, einschliesslich des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1885 von Doll. 1,662,917.58, auf dem Gewinn- und Verlust-Conto ein Gesammt-Gewinn-Vortrag von Dollars 2,117,297.92.

Für die drei vorhergehenden Jahre betrugen die Dividenden auf das Actiencapital: 8,8 und 6 pCt.

Die per 30. Juni 1886 aufgestellte Bilanz der Eisenbahn-Gesellschaft stellte sich wie folgt:

Revenue Account.

	Dollars	Dollars		Dollars
To Operating Expenses		3658403.55	By Earnings	7321736.21
„ State Tax		180248.40		
„ Interest Paid and Accured		1999820.00		
„ Dividend 1½ per cent, Aug. 1, 1885	300000.00			
„ Dividend 1½ per cent, Nov. 2, 1885	300000.00			
„ Dividend 1½ per cent, Feb. 1, 1886	300000.00			
„ Dividend 1½ per cent, Mai 1, 1886	300000.00	1200000.00		
„ Income Account		283264.26		
		7321736.21		7321736.21

Income Account.

	Dollars	Dollars		Dollars
To Transferred to Sinking Fund from Land Departement		350114.14	By Balance	283264.26
„ Balance to Income Account		454380.34	„ Land Departement	350114.14
			„ Revenue from other sources	171116.08
		804494.48		804494.48

General Balance Sheet.

		Dollars	Dollars
To Railway, Equipment and Lands			54880398.35
Union Depot Stock		70000.00	
Minnesota Transfer Stock		72788.74	
Minneapolis Union Railway Stock		750000.00	892788.74
Other Properties and Securities			2450008.59
GENERAL-ASSETS.			
St. Paul, Minneapolis & Manitoba Railway Stock		5600.00	
Due from Agents		28252.25	
Due from United States Postal Departement		37571.83	
Advanced Charges on Freight		6345.73	
Camp Supplies		1858.12	
General Supplies		4991.07	
Material Machinery Department		101734.47	
Material Road Department		104895.74	
Stock of Fuel (Coal)		50967.80	
Stock of Fuel (Wood)		12853.69	
Due from other Companies and Individuals		131883.40	
Bonds held for Reserve Fund —			
Todd County	Doll. 30400.00		
Consol Mortgage, this Company	901000.00	931400.00	
Cash in hands Trustees, First Mortgage Bonds		21990.57	
Cash on hand		610374.09	2050718.76
			60273914.44
Less Land Grant Bonds Redeemed			2750000.00
			57523914.44

		Dollars	Dollars
By Capital Stock			20000000.00
FUNDED DEBT.			
First Mortgage Bonds	Doll. 8000000.00		
Less Land Grant Bonds Redeemed	2750000.00		
Balance	Doll. 5250000.00		
Second Mortgage Bonds	8000000.00		
St. Paul & Pacific Bonds	366000.00		
Dakota Extension Bonds	5676000.00		
Consol Mortgage Bonds	13044000.00	32336000.00	52336000.00
Sinking Fund, applicable to Redemption of First Mortgage Land Grant Bonds		3300332.23	
Less Land Grant Bonds Redeemed	Doll. 2750000.00		
Premium on Lant Grant Bonds	137500.00	2887500.00	412832.23
Sinking Fund Consol Mortgage Bonds			10808.60
State Tax not yet due		72974.49	
Accrued Interest on Bonds, not yet due and payable		176760.00	249734.49
Audited Bills and Vouchers Unpaid		814774.85	
Unpaid Pay Rolls		247152.04	
Unpaid Coupons due July 1, 1886, and prior		603586.00	
Unpaid Dividends		892.50	
Due other Companies and Individuals		41175.57	1707580.96
Fund for Improvement and Renewals		611765.24	
Fund for Renewal of Freight Cars		77895.00	689660.24
Balans to Profit and Loss, June 30, 1885		1662917.58	
Balance to Profit and Loss, June 30, 1886		454380.34	2117297.92
			57523914.44

New-York, 5. November 1886.

St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn-Gesellschaft.
John S. Kennedy, Vice-Präsident.

Auf Grund des vorstehenden Prospects werden hierdurch

Doll. 5100000 4½ % St. Paul, Minneapolis & Manitoba Eisenbahn

consolidirte Prioritäts-Gold-Obligationen

seitens der Dankhäusser Kuhn Loeb & Co., Brown Brothers & Co., J. Kennedy Tod & Co. in New-York, Robert Warschauer & Co., Mendelssohn & Co. und der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin zur Subscription gestellt.

Die zur Ausgabe gelangenden definitiven Stücke sind ursprünglich als sechsprocentige Obligationen der Central Trust Company of New-York übergeben worden und werden jetzt in den früheren Originalstücken, aber auf 4½ % Verzinsung abgestempelt, geliefert.

Jede Obligation enthält überdies das folgende Certificat der Central Trust Company of New-York:

„This bond is one of the bonds of the issue the payment whereof is secured by the deed of trust or mortgage within mentioned, which bears date May 1st. A. D. 1883. Said deed of trust or mortgage has been duly recorded and this bond is properly issued in accordance with the provisions thereof."

Die Subscription findet statt auf Grund des diesem Prospect beigegebenen Anmeldungsformulars

am Dienstag den 16. November c.

in **New-York** zu den daselbst bekannt zu gebenden Bedingungen,
„ **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
„ **Mendelssohn & Co.,**
„ **Robert Warschauer & Co.,**
„ **Hamburg** „ **Paul Mendelssohn-Bartholdy,**
„ **Bremen** „ **J. Schultze & Wolde,**

von **9 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags.** Der frühere Schluss der Subscription bleibt jeder Zeichnungsstelle vorbehalten.

Für die deutschen Subscriptionsstellen gelten die folgenden Bedingungen:

1. Der Subscriptionspreis ist auf **97½** Dollars für je 100 Dollars Nominal festgesetzt, zahlbar in Reichsmark zum usancemässigen Umrechnungscourse von 4¼ Mark für den Dollar.
   Von dem Preise werden die usancemässigen Stückzinsen vom Abnahmetage bis zum 1. Jan. 1887 in Abzug gebracht, wogegen der am 1. Jan. 1887 fällige Zinscoupon zurückbehalten wird.
   Erfolgt die Abnahme nach dem 1. Januar 1887, so sind die usancemässigen Stückzinsen vom 1. Januar 1887 ab bis zum Abnahmetage seitens des Subscribenten zu vergüten.
2. Bei der Subscription ist eine Caution von 5 % des Nominalbetrages baar oder in der Subscriptionsstelle geeignet erscheinenden Effecten zu hinterlegen.
3. Die Zutheilung erfolgt nach Ermessen einer jeden Anmeldungsstelle unter Benachrichtigung an die Zeichner.
4. Die Abnahme der zugetheilten Stücke in Interims-Scheinen, welche von den Berliner Subscriptionsstellen ausgestellt sind, kann vom 22. November c. ab gegen Zahlung des Preises bewirkt werden. Der Subscribent ist indessen verpflichtet,
   ein Drittel der zugetheilten Stücke bis spätestens 30. November c.
   ein Drittel „ „ „ „ „ 20. Dezember c.
   ein Drittel „ „ „ „ „ 10. Januar 1887
   abzunehmen. Beträge bis Dreitausend Dollars sind ungetheilt bis spätestens 30. November c. zu reguliren.
5. Der Umtausch der Interims-Scheine in Originalstücke wird gegen Einlieferung der ersteren laut besonderer s. Z. zu erlassender Bekanntmachung baldmöglichst erfolgen.

Die Coupons der 4½ % consolidirten Prioritäts-Gold-Obligationen werden von den unterzeichneten Firmen auf Grund der ihnen von der Eisenbahn-Gesellschaft ertheilten Ermächtigung zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen zum Einzug entgegengenommen.

Berlin, November 1886.

Berliner Handels-Gesellschaft. **Mendelssohn & Co.** **Robert Warschauer & Co.** A.696.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)